Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/3307

07. 05. 85

Sachgebiet 751

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Schulte (Menden) und der Fraktion DIE GRÜNEN

Erhöhte Krebshäufigkeit bei Atomarbeitern

Seit mehreren Jahren sind die Ergebnisse der Arbeiten der US-Wissenschaftler Mancuso, Stewart und Kneale bekannt, die bei Arbeitern der Atomanlagen in Hanford (USA) erhöhtes Auftreten von Krebs auch bei Bestrahlung weit unterhalb der gesetzlich zugelassenen Grenzwerte festgestellt haben (vgl. Kneale et al.: British Journal of Industrial Medicine 38, 156, 1981). Diese Ergebnisse wurden mittlerweile bestätigt durch Untersuchungen des Department of Energy (DOE), die schon 1964 begonnen wurden und seit 1978 von den mit dem Atomforschungszentrum Oak Ridge assoziierten Universitäten durchgeführt werden (vgl. Oak Ridge Associated Universities/University of North Carolina Epidemiology Projekt Summaries, 1984). Insgesamt wurden hierbei in verschiedenen Betrieben 146 000 Personen erfaßt, der untersuchte Zeitraum reicht bis 1943 zurück. Es handelt sich vor allem um Betriebe zur Urananreicherung und zur Wiederaufarbeitung und Plutoniumproduktion.

Der inzwischen bekanntgewordene Zwischenbericht dieses Untersuchungsprogramms, das auf weitere sieben Jahre angesetzt ist, ist alarmierend und hat die Öffentlichkeit in den USA aufgeschreckt. Darin wird u. a. festgestellt,

— daß die ständige radioaktive Bestrahlung mit geringer Intensität, die unter den US-Grenzwerten lag, mehr Schäden bewirkt als kurzzeitige (einmalige oder mehrmalige) Bestrahlung mit der gleichen Gesamtdosis,

— daß eine um 49 % erhöhte Leukämiesterblichkeitsrate bei Arbeitern im Oak Ridge National Laboratory vorliegt,

— daß bei Arbeitern in der Wiederaufarbeitungsanlage von Savannah-River die Lungenkrebserkrankungen um 60 % und die Leukämieerkrankungen um 114 % zugenommen haben.

Wir fragen vor diesem Hintergrund die Bundesregierung:

1. Sind der Bundesregierung die erwähnten amtlichen Erhebungen an amerikanischen Atomarbeitern bekannt, die eine signifikante Erhöhung verschiedener Krebserkrankungen infolge

Strahlenbelastung zeigen, obwohl die zulässige Dosis von 5 rem pro Jahr im allgemeinen nicht überschritten wurde?

Falls ja, wie bewertet die Bundesregierung die bisher bekanntgewordenen Untersuchungsergebnisse?

2. Sind der Bundesregierung die Untersuchungen an amerikanischen Werftarbeitern bekannt, die an Atom-U-Booten arbeiten, und die zum Ergebnis kommen, daß allein das Lungenkrebsrisiko um einen Faktor 20–200 unterschätzt wurde (vgl. Bross, Driscoll, The Yale of Biology and Medicine 54, 317, 1981)?

   Falls ja, wie bewertet die Bundesregierung diese Untersuchungen?

3. Wann und in welcher Form gedenkt die Bundesregierung die Öffentlichkeit und das Parlament über die genannten Untersuchungen zu informieren?

4. Ist es zutreffend, daß nach den derzeitigen Plänen der Bundesregierung zur Novellierung der Strahlenschutzverordnung die zulässige Belastung der Atomarbeiter im Bereich Knochenmark von 5 rem auf 15 rem und im Hautbereich von bisher 30 rem auf 50 rem pro Jahr erhöht werden soll?

5. Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die US-Atomenergie-Kontrollbehörde NRC gegen eine Erhöhung der zulässigen Strahlendosen ausgesprochen hat (vgl. Frankfurter Rundschau vom 7. Dezember 1984)?

   Falls ja, wie bewertet die Bundesregierung die Haltung des NRC? Falls nein, inwieweit wird in dieser Angelegenheit ein Erfahrungsaustausch mit dem NRC praktiziert bzw. angestrebt?

6. Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Daten der o. g. offiziellen US-Studie die Grundlage abgeben soll für eine Senkung der zulässigen Grenzwerte in den US-Anlagen (vgl. Frankfurter Rundschau vom 7. Dezember 1984)?

7. Welche Schlüsse gedenkt die Bundesregierung aus den o. g. US-Studien hinsichtlich der geplanten Novellierung der Strahlenschutzverordnung zu ziehen, inwieweit sollen die neuen Befunde in die Diskussion um die Novellierung der Strahlenschutzverordnung einbezogen werden?

8. Inwieweit wurde die o. g. DOE-Studie berücksichtigt bei der Grundsatzentscheidung der Bundesregierung vom 23. Januar 1985 zur Errichtung einer großtechnischen Plutoniumfabrik?

Bonn, den 7. Mai 1985

Schulte (Menden)
Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb Verlag Dr Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333